

Kleine Anfrage
der Fraktion der FDP

**betr. Erstattung der Straßenbenutzungsgebühren
im Berlinverkehr**

1. Ist die Bundesregierung der Meinung, daß die derzeitige Handhabung der Erstattung der Straßenbenutzungsgebühren im Berlinverkehr, nach der in Berlin ansässige Unternehmer 100 % und westdeutsche Unternehmer nichts erhalten, bestehen bleiben kann?
2. Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß es im Interesse einer ordnungsmäßigen Versorgung Berlins (West) erwünscht ist, wenn möglichst viele Firmen am Berlinverkehr beteiligt sind?
3. Ist sich die Bundesregierung bewußt, daß die ständige Verzögerung der längst zugesagten Entscheidungen das Vertrauen der betroffenen Kreise erschüttern muß?
4. Was beabsichtigt die Bundesregierung in Übereinstimmung mit dem Berliner Senat zu tun, um die Gleichbehandlung westdeutscher und Berliner Transportunternehmer wiederherzustellen? Ist sich die Bundesregierung darüber im klaren, daß die Entscheidung über diese Frage im Hinblick auf die gegebenen Verhältnisse nicht weiter verzögert werden darf?

Bonn, den 21. März 1967

Freiherr von Kühlmann-Stumm und Fraktion